

Onlinequelle: www.demokratiezentrum.org

Printquelle: SWS-Rundschau, Heft 3/1999, S. 221-237

„Der Osten als Bedrohung“

Zur medialen Berichterstattung über grenznahe Atomkraftwerke am Beispiel der Slowakei

Sonja Dejanovic/ Karin Liebhart (Wien)

Der Beitrag beschäftigt sich mit der Wahrnehmung der Slowakischen Republik aus österreichischer Perspektive, die auch zehn Jahre nach dem Ende der Blockgrenzen noch mit negativen Stereotypisierungen des „Ostens“ verbunden wird. Am Beispiel der Berichterstattung ausgewählter regionaler Printmedien über die Gefährdung Österreichs und seiner nahe der „Ostgrenze“ lebenden Bevölkerung durch grenznahe slowakische Atomkraftwerke werden – vor dem Hintergrund der politischen Diskussion um eine Erweiterung der Europäischen Union nach Osten – diskursprägende Bedeutungszuschreibungen in einigen Aspekten nachgezeichnet.

1. Einleitung

Die Wahrnehmung der ostmitteleuropäischen Nachbarstaaten Österreichs ist aus österreichischer Perspektive auch zehn Jahre nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ und dem damit verbundenen Ende der Blockgrenzen mit stereotypen Bildern des „Ostens“ verbunden. Dieses Bild des „Ostens“ ist jedoch heterogen: so werden – etwa im politischen und medialen Diskurs, aber auch in Alltagsgesprächen – mit Ungarn freundlichere Bilder assoziiert als beispielsweise mit der Slowakei, die das Negativbild des Ostens schlechthin darzustellen scheint.

Die östliche Grenzregion Österreichs mit Ungarn und der Slowakei steht vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungsperspektiven vor einer erneuten Teilung: Während sich Ungarn als Mitglied der NATO und aussichtsreicher Kandidat für einen Beitritt zur Europäischen Union voll im Prozeß der EU-Integration befindet, bietet die Slowakei im öffentlichen Diskurs das Bild vieler negativer Charakteristika des „Neuen Ostens“, von undemokratischen Elementen des politischen Systems und nationalistischen Tendenzen über mafiose Strukturen und Kriminalität bis hin zur grenzüberschreitenden fahrlässigen Umweltgefährdung und zur Bedrohung durch den Einsatz bzw. die Inbetriebnahme von Atomkraftwerken, deren technologischer Standard durchwegs als veraltet und katastrophal bezeichnet wird.

Im folgenden Beitrag wird – fokussiert auf die Slowakische Republik – einigen Aspekten des öffentlichen Diskurses über die Gefährdung Österreichs bzw. vor allem seiner nahe der „Ostgrenze“ lebenden Bevölkerung durch grenznahe Atomkraftwerke am Beispiel der Berichterstattung ausgewählter regionaler Printmedien nachgegangen. Vor dem Hintergrund des österreichischen Selbstbildes als atomenergiefreies und ökologisch vorbildliches Musterland – eine Selbstzuschreibung, die häufig unter Verweis auf die Volksabstimmung über die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf sowie auf das Volksbegehren und die zivilen Proteste gegen den Bau der Staustufe Hainburg vorgenommen wird – werden Fremdbilder des bedrohlichen Ostens rekonstruiert. Diese kommen in der Atom-Diskussion der 90er Jahre ebenso zum Ausdruck wie im Diskurs über die sogenannte „Osterweiterung“ der Europäischen Union, spielen zugleich aber auch – unter Rückgriff auf historische Beschreibungsmuster – auf althergebrachte Stereotypisierungen an.

Einzelne Facetten dieser Bildkonstruktionen werden gerade in der oftmals sehr emotional geführten öffentlichen politischen und publizistischen Debatte um die Gefahren der Energiegewinnung aus Atomkraft und vor allem über grenznahe Atomreaktoren in den ostmitteleuropäischen Nachbarstaaten besonders deutlich.

2. Zwentendorf und Hainburg: Symbole politischer Protestkultur im österreichischen Selbstbild

Im kollektiven Gedächtnis der ÖsterreicherInnen gilt die politische Auseinandersetzung um die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf als „massenmobilisierender Schlüsselkonflikt von überregionaler, nationaler Bedeutung“ (Gottweis 1998, 165 und 1997, 347). Als Reaktion auf eine Informationskampagne der Regierung zur – für die Sozialpartner zu diesem Zeitpunkt bereits entschieden feststehenden (Pelinka 1995, 9) – Inbetriebnahme des Reaktors schlossen sich Protestgruppen gegen die zivile Nutzung der Kernenergie zur Initiative österreichischer Atomkraftwerks-Gegner (IÖAG) zusammen, dem „ersten bedeutenden Experimentierfeld basisdemokratischer Ansprüche“ in Österreich (Gottweis 1997, 347). Die österreichische Anti-Atom-Bewegung umfaßte schließlich rund 500.000 BürgerInnen; die von ihr ausgelöste Debatte um die Nutzung von Kernenergie für zivile Zwecke zwang auch die politischen Eliten zur Auseinandersetzung mit dieser Problematik: Angesichts einer fehlenden breiten parlamentarischen Mehrheit für eine Inbetriebnahme Zwentendorfs und um das Atomthema aus dem kommenden Nationalratswahlkampf herauszuhalten, vor allem aber, weil die SPÖ-Alleinregierung von einem Referendum eine deutliche Unterstützung erwartete, beschloß der Nationalrat mit SPÖ-Mehrheit eine Volksabstimmung über ein Bundesgesetz zur friedlichen Nutzung der Kernenergie in Österreich.

Die Volksabstimmung fand im November 1978 statt, die Atomkraftwerks-GegnerInnen konnten sich mit 50,5% der Stimmen gegen die Kernkraft-BefürworterInnen durchsetzen: Zwentendorf wurde daher nicht in Betrieb genommen (Schaller 1987, 349 sowie Brandstätter/Grosser/Werthner 1984, 156): Dies war ein für die politische Kultur der Zweiten Republik neues Phänomen: „Überraschend daran war vor allem, daß sich eine nicht-institutionalisierte Bewegung – der Zusammenschluß von Anti-Atomkraft-Initiativen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen – gegen etablierte politische Institutionen durchsetzen konnte“ (Pelinka 1998, 163).

Dieser Erfolg der Anti-Atombewegung war motivierend für mehrere soziale Bewegungen in Österreich, speziell im Bereich der Umweltpolitik, und gab der Entwicklung der zivilen Gesellschaft insgesamt politischen Auftrieb. Die Atomenergie-debatte ab Mitte der 70er Jahre kann, so der Politikwissenschaftler Herbert Gottweis, als Indikator dafür gelten, daß die etablierten Parteien als Interessenvertretungen und Trägerinnen politischer Planung und Entscheidung zumindest in einigen gesellschaftlichen Segmenten fragwürdig wurden (Gottweis 1997, 348).

So erfuhr etwa die Politisierung von Fragen der Energiegewinnung und deren ökologischer Verträglichkeit Mitte der 80er Jahre eine erneute Intensivierung in den Auseinandersetzungen um den Bau des Donaukraftwerks Hainburg (Kok/Schaller 1986, Pelinka 1986, 93ff.). Da die österreichische Bundesregierung trotz massiver Proteste von Teilen der Bevölkerung vorerst dem Druck der Sozialpartner und der Elektrizitätswirtschaft nachgab und gewillt war, den Baubeginn einzuhalten, besetzten Ende des Jahres 1984 tausende Hainburg-AktivistInnen das Baugebiet in den Donauauen. Bereits zuvor hatte die Bürgerinitiative Hainburg, die sich Anfang der 80er Jahre gebildet hatte, eine Unterschriftenaktion gestartet, um auf die ökologische Gefährdung der Hainburger Au durch das geplante Kraftwerk aufmerksam zu machen. Bekannte österreichische NaturwissenschaftlerInnen und ÖkologInnen initiierten in - Kooperation mit dem World Wildlife Fund ein nach dem österreichischen Nobelpreisträger Konrad Lorenz benanntes Volksbegehren, das eine grundsätzliche Neuorientierung der österreichischen Politik auf dem Umwelt- und Energiesektor forderte. Die größte österreichische Boulevardzeitung, die „Neue Kronen Zeitung“, hatte sich auf die Seite der AubesetzerInnen gestellt und unterstützte diese publizistisch.

Der Hainburg-Konflikt eskalierte schließlich emotionell und politisch: Infolge eines gegen die Aubesetzung gerichteten Polizeieinsatzes fand in Wien eine Solidaritätsdemonstration statt. Die Regierung kapitulierte, die Staustufe Hainburg wurde nicht gebaut.

Die Entstehung ökologischer Protestbewegungen und deren Rolle als wichtiger politischer Faktor hatte großen Einfluß auf die Veränderung der Politischen Kultur Österreichs in den letzten 25 Jahren: „Besonders im Bereich von Großbauprojekten zum Zwecke der Energieerzeugung und bei der Verkehrspolitik (Transitfrage) haben die neuen sozialen Bewegungen in Österreich eine Verhinderungsmacht gezeigt, die in keinem anderen europäischen Land stärker ausgeprägt ist“ (Gottweis 1997, 355).

Ähnlich wie auch in anderen westeuropäischen Staaten wirkte das Engagement gegen die zivile Nutzung der Kernenergie als Motor neuer sozialer Bewegungen (Dachs 1997, 304) und Anstoß für eine Veränderung der traditionellen Parteienlandschaft. So geht etwa die 1982 erfolgte Gründung der ersten bundesweit konzipierten und vorrangig ökologisch orientierten Partei, der Vereinten Grünen Österreichs (VGÖ), auf führende ExponentInnen der

„Arbeitsgemeinschaft Nein zu Zwentendorf“ zurück (Dachs 1997, 305). Im Konflikt um Hainburg kooperierte bereits eine zweite neue Partei, die von der Friedens- und Alternativbewegung geprägte und basisdemokratisch orientierte Alternative Liste Österreichs (ALÖ) mit der VGÖ; später fusionierte die ALÖ mit einem Großteil der VGÖ-ExponentInnen zur Grünen Alternative (ebd., 309). Die ALÖ war bewußt am vierten Jahrestag der Volksabstimmung über Zwentendorf, am 5.11.1982, gegründet worden.

Das durch Plebiszit bekräftigte Selbstbild eines atomenergiefreien Österreich und der Stolz auf die über zivilen Ungehorsam erreichte Erhaltung der Aulandschaft im niederösterreichischen Hainburg stärkten zugleich das Staatsbürgerbewußtsein vieler ÖsterreicherInnen und etablierten neue Formen der Opposition und des politischen Protests. Instrumente der direkten, plebiszitären Demokratie wurden intensiver genutzt, sie förderten ein „qualitativ neue(s) Demokratieverständnis“ (Campbell 1998, 171). Ökologisch orientierte neue soziale Bewegungen als Motor kulturellen Wandels erzwangen in Österreich eine gewisse Öffnung des politischen Systems und veränderten damit auch die diskursive Praxis auf Dauer (Gottweis 1997, 356): „Spätestens nach Hainburg wurde klar, daß Zwentendorf kein ‚unerklärliches Einzelphänomen‘ war, sondern der Höhepunkt eines Protestzyklus, der zur Ausbildung eines nach wie vor mobilisierbaren Protestpotentials geführt hat“ (ebd., 357).

Fragen der Ökologie und des Umweltschutzes sind im politischen Diskurs Österreichs mittlerweile fest verankert, „grüne“ Parteien und ökologisch orientierte politische Initiativen sowohl auf kommunaler als auch auf regionaler und nationaler Ebene im politischen Spektrum konstant vertreten.

3. Nationale Selbstbilder und Fremdbilder und deren Repräsentationen in Alltagskontexten

Diese mit politischer Protestkultur verbundene „ökologische“ Facette des österreichischen Selbstbildes und deren Bedeutung für die Konstruktion nationaler österreichischer Identität in Differenz zu anderen Nationen prägt selbstverständlich auch die Wahrnehmung der mittelosteuropäischen Nachbarstaaten – vor allem auch in Hinblick auf deren potentielle Integration in ein größeres Europa. So wurde aus österreichischer Perspektive auch im Konflikt um das geplante Donaukraftwerk Nagymaros in Ungarn vor allem der Aspekt des zivilgesellschaftlichen Widerstands hervorgehoben: Die Protestströmung gegen die Staustufe „wuchs sich zur Keimzelle der die Wende herbeiführenden Demokratiebewegung aus. Alle ungarischen Parlamentsparteien mit Ausnahme der exkommunistischen Sozialisten haben irgendwo ihre Wurzeln im Anti-Nagymaros-Kampf“, schrieb beispielsweise die Tageszeitung „Der Standard“ (26.9.1997) und gab damit ein Beispiel für die Interpretation des Konflikts durch Medien und politische Beobachter des Nachbarstaates: In Österreich wurde die gegen den Kraftwerksbau gerichtete Protestbewegung besonders von jenen PolitikerInnen, die mit oppositionellen Kräften in den ehemaligen Einparteienstaaten kooperierten, in zweifacher Weise wahrgenommen: als Kampf um die Demokratisierung der ungarischen Gesellschaft – Umweltschutzinitiativen galten „in den Augen engagierter Analytiker aus westlichen Demokratien“ als „„Hoffnungsträger‘ für die demokratische Transformation des Ostblocks“ (Szabó 1995, 492) – und als Teil der grenzübergreifenden Ökologiebewegung. In einem Interview mit dem Standard (6.11.1996) stellte beispielsweise der ÖVP-Politiker Erhard Busek fest, „(d)ie Kraftwerksgeschichte Europas“ sei „schließlich in Zwentendorf, Hainburg, Gabčíkovo und Nagymaros geschrieben worden“.

Der Prozeß der Konstruktion von nationalen Differenzen, die sich in Selbst- und Fremdbildern spiegeln, kann anhand einer Analyse diskursprägender Bedeutungszuschreibungen, wie sie vor allem auch in der medialen Berichterstattung repräsentiert sind, analysiert werden. Die Verwendung bestimmter Sprachbilder, Fahnenwörter, Symbole, Metaphern und Illustrationen verweist auf die zugrundeliegenden Deutungsmuster, die den politischen Diskurs strukturieren. Zuschreibungen, mit denen die „Wir-Gruppe“ der ÖsterreicherInnen und im Unterschied dazu eine jeweilige „Sie-Gruppe“, z.B. eine „fremde“ Nation, versehen werden, manifestieren sich zugleich auch in Alltagspraktiken und Alltagskontexten. In diesen entsteht kulturelle Sinnproduktion (Göttlich/Winter 1999, 38), wie etwa im Bereich der massenmedialen Kommunikation.

Am Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Institut wird in Zusammenarbeit mit dem Institut für Geographie der Universität Wien und in Kooperation mit dem Regionalforschungszentrum Győr sowie dem Institut für Geographie der Slowakischen Akademie der Wissenschaften ein zweijähriges Forschungsprojekt zum Thema „Die österreichische West-Ost-Grenze: Qualitative Rekonstruktion der ‚mental‘en Grenzziehung seit 1989“ durchgeführt, das eben jene Frage der kulturellen Sinnproduktion und der Repräsentation von Deutungsmustern in

alltagskulturellen Texten zum Thema hat.¹ Das Projekt beschäftigt sich vor allem mit der Alltagswahrnehmung der politischen Veränderungen seit „1989“ in grenznahen Gebieten in der Dreiländerregion zwischen Österreich, Ungarn und der Slowakei. In einer regionalen Fallstudie wird die Redefinition der österreichischen „West-Ost-Grenze“, von 1989 bis zum EU-Beitritt Österreichs 1995 und dessen Folgen, am Beispiel der Grenzregion Wien/Burgenland/Bratislava/Győr-Moson-Sopron-Megye untersucht. Dieser Grenzraum, in dem über den ehemaligen „Eisernen Vorhang“ hinweg drei Nachbarstaaten eine gemeinsame, regionale Entwicklungsperspektive suchen, wird – ausgehend von einer Sekundärauswertung ausgewählter Daten – mit einem interdisziplinären geographisch-politologischen Ansatz analysiert, der qualitative und quantitative Methoden verbindet.²

Das Projekt unternimmt mit Berücksichtigung methodischer Ansätze aus der Politischen Anthropologie die eine Verbindung von diskursiven und räumlichen Kulturrepräsentationen bzw. -differenzen entwerfen, eine Rekonstruktion jener „sozialen Praktiken“, die die Redefinition der Grenze zwischen Österreich, der Slowakei und Ungarn strukturieren. Dies erlaubt die Erhebung von Alltagserfahrungen und -problemen, die der Selbstwahrnehmung sowie der Wahrnehmung der jeweils „Anderen“, der „Fremden“ zugrunde liegen und damit eine Konfrontation mit dem „mentalen“ Bild der Grenze. In einer konkreten Fallstudie werden exemplarisch Einstellungen gegenüber AusländerInnen bzw. „Fremden“ in Österreich analysiert, die unmittelbar mit den politischen Veränderungen der Jahre 1989/90 in Österreichs (süd)östlichen Nachbarstaaten und mit deren Folgeerscheinungen (Fallen des „Eisernen Vorhangs“, Migration, Flüchtlingsproblematik, Fragen der Ökologie) in Zusammenhang stehen.

Im Rahmen des Forschungsprojekts wurde u.a. auch eine quantitative und qualitative Inhaltsanalyse des in ausgewählten ostösterreichischen Regionalmedien repräsentierten öffentlichen Diskurses der Grenzregion im Hinblick auf typische Konflikt- und Vorurteilmuster durchgeführt, die über regionale Zeitungen vermittelt werden.

Im Zuge der Medienanalyse kristallisierten sich mehrere Themenschwerpunkte heraus, die den „Grenzdiskurs“ spiegeln, aber auch mitstrukturieren. Dazu zählen ökologische Probleme und im speziellen – vor allem betreffend die Wahrnehmung der Slowakei – die Frage der potentiellen Bedrohung Österreichs durch grenznahe Atomkraftwerke. Gerade am Beispiel der zivilen Nutzung der Atomenergie durch die Slowakei kommen typische Wahrnehmungs-, Konflikt- und Vorurteilmuster gegenüber dem „Osten“, die sich aus dem Spannungsverhältnis von Selbstbildern und Fremdbildern ergeben, besonders deutlich zum Ausdruck: Deren Bedeutung für den öffentlichen Diskurs in der Grenzregion sowie deren Vermittlung über Regionalmedien sollten rekonstruiert und sichtbar gemacht werden.

Der Untersuchungszeitraum umfaßte etwa zehn Jahre (kurz vor der Öffnung der Blockgrenzen 1989 bis 1998). In den ausgewählten Regionalzeitungen wurden all jene Textsorten (Berichte, Kurzmeldungen, Kommentare und auch Fotos bzw. Bilder) ausgewertet, die sich mit der Wahrnehmung der Grenze, den Folgen der Grenzöffnung und der Perzeption der jeweils „anderen Seite“, jenseits der Grenze, beschäftigen.

Das Untersuchungsmaterial wurde der Wochenzeitung „Neue NÖN/Schwechater Grenzbote“ (im Zeitraum 1.1.1990 bis 7.9.1994) bzw. dem Nachfolgemedium „Neue NÖN/Brucker Grenzbote“ (im Zeitraum 14.9.1994 bis 31.12.1997)³ sowie der Tageszeitung „Neue Kronen Zeitung/Ausgabe Burgenland“, im folgenden NKZ abgekürzt, (im Zeitraum 1.7.1988 bis 31.8.1998) entnommen. Die beiden Medien wurden ausgewählt, da die NÖN („Niederösterreichische Nachrichten“) die einzige in ganz Niederösterreich – in mehreren Bezirksausgaben – erscheinende regionale Wochenzeitung dieses Bundeslandes ist, und weil die „Neue Kronen Zeitung/Ausgabe Burgenland“ das auflagenstärkste Printmedium des Burgenlandes darstellt.

In die Inhaltsanalyse dieser Zeitung wurden vor allem jene Meldungen und Berichte, die in der Regionalausgabe Burgenland aufscheinen, einbezogen. Dies gilt vor allem für den Lokalteil, aber auch für andere Teile der Zeitung, wenn – etwa in der Titelblattgestaltung – Differenzen zur Wiener Ausgabe der Neuen Kronen Zeitung bestanden. Zum Teil wurden auch „überregional“ erschienene Texte, wie z.B. Serien zum Thema, als Hintergrundmaterial berücksichtigt.

Die beiden Medien unterscheiden sich in mehrfacher Hinsicht: Sowohl nach der Häufigkeit ihres Erscheinens als auch danach, welche Themen den Diskurs hauptsächlich bestimmen, sowie hinsichtlich der Quellen, auf die sie zurückgreifen und sich berufen: Die wöchentlich erscheinenden „Niederösterreichischen Nachrichten/NÖN“ sind eine „typische“ Regionalzeitung mit langem Chronikteil. Als Belege für Behauptungen der JournalistInnen werden vor allem Statistiken, Polizeimeldungen, amtliche Schriftstücke oder Auskünfte von Behörden der kommunalen Verwaltung bzw. der Landesregierung herangezogen. Die „Neue Kronen Zeitung/Ausgabe Burgenland“, erscheint täglich und enthält einen überregionalen Teil, der in allen Regionalausgaben ident ist. Darin werden auch Serien über

bestimmte Themen, mit regionalem und überregionalem Charakter, beispielsweise über die Gefahren der Atomenergie gebracht. Dies bedingt auch in den regionalen Teilen eine enge Anbindung der Berichte und Kommentare an bundesweite, überregionale politische Fragen. JournalistInnen der NKZ berufen sich zwar ebenfalls auf Statistiken und amtliche Daten, legitimieren ihre Behauptungen aber häufig auch durch Zitate von Politikerstatements und Aussagen von „betroffenen BürgerInnen“. Darüber hinaus werden zahlreiche Reportagen geliefert, die als Augenzeugenberichte der VerfasserInnen Authentizität suggerieren.

4. Atomkraft als Thema der medialen Berichterstattung über Österreichs östliche Nachbarstaaten

Das Thema der Bedrohung Österreichs durch grenznahe Atomkraftwerke, deren technische Standards und Sicherheitsvorkehrungen westlichen Normen nicht entsprechen, nimmt einen wesentlichen Teil der Berichterstattung über die ostmitteleuropäischen Nachbarstaaten ein.

Zugleich ist die mediale Präsentation dieser Thematik sehr emotionell geprägt; sowohl in den – besonders in der Neuen Kronen Zeitung häufig in polemischem Ton gehaltenen – Texten (die NÖN berichten viel sachlicher und zurückhaltender) als auch mittels der beigefügten Fotos und Illustrationen werden Gefahrenszenarios beschworen und stereotype Zuschreibungen reproduziert.

Diese Beobachtung gilt nicht nur für regionale Zeitungen, sondern auch für einen großen Teil der überregionalen österreichischen Presse – vorrangig im Boulevardbereich –, vor allem was die Berichterstattung über die Nutzung von Atomkraft zur Energiegewinnung betrifft. Sowohl in der Regionalpresse als auch in den auf nationaler Ebene agierenden Printmedien sind bereits zahlreiche der in den Überschriften verwendeten Begriffe vorwiegend negativ besetzt und erwecken bei den LeserInnen vor allem Angst und das Bewußtsein einer drohenden Gefahr, etwa durch die Beschreibung sämtlicher Sicherheitsrisiken und deren potentiell katastrophaler Folgen für die österreichische Bevölkerung.

Die in den Berichten, Kommentaren und sonstigen Textgattungen verwendete Sprache zeigt eine Vorliebe für negativ aufgeladene Begriffe wie etwa „Tod“, „Mord“, „Monster“, „Schrott“ („Dieses Kraftwerk ist Schrott!“ neben einem Foto des AKWs Dukovany, das ein riesiges Kreuz zwischen zwei Atomreaktoren zeigt, NKZ, 7.12.1994). Dies gilt auch für „Drohung“, „Angst“ – unter dem Titel „Ostöffnung: Eine Ernüchterung!“ kommentieren die NÖN am 5.8.1992: „Die Euphorie nach der Grenzöffnung hat fast in das Gegenteil umgeschlagen. Neben den Vorteilen brachten die Veränderungen auch Nachteile für die Niederösterreicher (...). Geblieben sind die Ängste vor den veralteten Atomkraftwerken an unseren Grenzen“. Weiters ist von „Gefahr“ bzw. militärisch-kriegerischem Vokabular die Rede: So häufen sich Wörter wie „Offensive“ („Geballte Offensive der Regierung“, NKZ, 10.4.1995), „Front“ („Im Kampf gegen das slowakische AKW Mochovce bilden Österreichs Umweltschützer eine Front“, NKZ, 20.2.1998), „Kampf“ („Heißeste Phase im Atom-Kampf, NKZ, 24.1.1995), „Krieg“ oder „Angriff“ („Und Österreichs Regierung bläst zum Totalangriff!“, NKZ, 16.3.1995).

Der österreichische Protest gegen die „Atomlobby“ oder die „Atomstrom-Autobahn“ wird ebenfalls mit aggressiven Bezeichnungen wie „Druck“ oder „Dampf machen“ versehen: Mit der Headline „Mehr Druck auf die CSSR!“ wird in der NKZ vom 28.5.1989 ein Bericht übertitelt, der sich mit der Ankündigung des damaligen Vizekanzlers Josef Riegler beschäftigt, den Nachbarstaat zu einem Ausbau der Sicherheitsvorkehrungen in den Atomanlagen und einer Anpassung an internationale Standards zu verpflichten. Die österreichische Regierung müsse „kräftig Druck machen“, forderte die NKZ erneut am 6.1.1995 und kündigte am 22.2.1998 wiederum an: „Mochovce: Klima und Prammer wollen Meciar Dampf machen!“

Die Fotomotive und Illustrationen (vor allem in der Neuen Kronen Zeitung, die NÖN bringen weniger einschlägiges Bildmaterial) werden im Zeitverlauf aggressiver, bedrohlicher und komplexer, d.h. sie werden fortlaufend mit zusätzlichen, negativ konnotierten, Symbolen angereichert. Dies gilt sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht: Es werden kontinuierlich mehr Atommeiler gezeigt, zugleich werden diese in größeren Dimensionen dargestellt. Immer dann, wenn Diskussionen um einzelne Atomreaktoren und deren Inbetriebnahme bzw. Abschaltung medial besonders präsent sind und die öffentliche Meinung bereits sehr emotionalisiert zu sein scheint, werden von der Neuen Kronen Zeitung (vor allem in den Serien über die Atomgefahr) zum einen zusätzlich Motive wie Grabsteine oder Sensenmänner eingeblendet, zum anderen – neben Aufnahmen von Demonstrationen – aber auch Kirchen und Kreuze ins Bild gerückt. Der mit diesen Symbolen assoziierte Hinweis auf Tod und

Todesgefahr, aber auch die Hoffnung auf Schutz der bedrohten Gemeinschaft durch eine höhere Macht bzw. der Trost durch die Religion wird gerade durch die Bilder deutlich.

5. Österreich als ökologisches Vorbild in der Darstellung regionaler Printmedien

Österreich und die österreichische Bevölkerung werden in der Berichterstattung der untersuchten Regionalmedien prinzipiell in einer positiv konnotierten Rolle dargestellt. Als Vorreiter im Kampf gegen die Atomgefahr ringen der österreichische Staat und ein großer Teil seiner BürgerInnen nach dem Prinzip des „tapferen Ritters“ mit dem Bösen und der Bedrohung, die aus dem Osten kommt. In diesem Kampf wird Österreich von großen Mächten, vor allem von der Europäischen Union unterstützt (vgl. NKZ, 17.3.1995 und 15.5.1995). Mit deren Hilfe versucht Österreich, den unsichtbaren, schwer faßbaren und allmächtigen Feind „Atomlobby“ zu entlarven, und schlußendlich zu besiegen.

Diese überbetriebene und dramatisierende Darstellung, die implizit auf die biblische Erzählung von David und Goliath als Grundmuster zurückgreift, resultiert aus dem in den Zeitungsartikeln und -meldungen verwendeten Vokabular. Die Berichterstattung erfolgt in aggressiver, kämpferischer und militärischer Weise: Es wird von „Offensive“, „Kampf“, „Verteidigung“ und „Bedrohung“ gesprochen.

Der Feind ist anfangs allerdings unsichtbar, er tritt in Gestalt einer diffusen „Atomlobby“ auf. Diese wird jedoch im Laufe der Zeit als slowakisch-französische Kooperation „enttarnt“. Mit fortlaufender Berichterstattung und Konjunktur des Themas findet häufig eine Personifizierung der Bedrohung statt: Der frühere slowakische Premier Vladimir Meciar übernimmt die Rolle des „Bösen“ schlechthin.

Österreich schreibt sich im medial konstruierten Selbstbild jedoch nicht nur die Rolle des untadeligen Kämpfers zu, sondern fungiert auch als Lehrmeister des als unmündig klassifizierten östlichen Nachbarn, der angeblich erst hören will, wenn er „unter Druck“ gesetzt wird.

Dafür werden rechtliche Möglichkeiten auf europäischer bzw. internationaler Ebene gesucht. So erscheint Österreich in der Rolle des Fordernden, der seine Rechte in Anspruch nehmen und bewahren möchte: Der slowakische Wunsch, der EU beizutreten, wird als Pfand verstanden, um die eigenen Interessen gegenüber der Slowakei durchzusetzen. In der NKZ vom 20.3.1995 wird unter der Überschrift „Vranitzky muß jetzt stärkste Waffen auffahren!“ ein Global 2000-Experte zitiert: „Und schließlich (...) müsse Österreich der Slowakei das ‚EU-Messer‘ ansetzen“, denn ein Ignorieren der österreichischen Sicherheitsinteressen stünde einem Beitritt der Slowakei zur Europäischen Union im Weg. Am 4.4.1995 berichtet die NKZ über eine Drohung der Umweltministerin Maria Rauch-Kallat gegen die Slowakische Republik: „Sollte die Slowakei aber auf dem Fertiggbau von Mochovce beharren, werden wir die EU-Absichten unserer Nachbarn ernsthaft in Frage stellen“. „Sinnvolle Alternativen zu Mochovce“ würde Österreich jedoch unterstützen und sich dafür „in ganz Europa“ einsetzen.

Die osteuropäischen Beitrittskandidaten zur EU müßten jedenfalls westliche Sicherheitsstandards und -normen für ihre Atomreaktoren gewährleisten, um als „europareif“ anerkannt zu werden, nicht nur auf dem Gebiet der Energiepolitik, sondern auch in anderen politischen Bereichen. In Fragen der Atomkraft gelten für Österreich, laut Zeitungsberichten, selbstverständlich nur die – meist nicht näher spezifizierten – westlichen Bestimmungen als Mindestmaßstab. So forderte Alois Mock anlässlich der EU-Außenministertagung in Luxemburg im April 1995 westliche Sicherheitsstandards für Atomkraftwerke im ehemaligen Ostblock als „unumgängliche Bedingung für einen EU-Beitritt“ ein (NKZ, 11.4.1995 unter der Schlagzeile „Mochovce ist nicht europareif“). „Mochovce: Slowaken droht jetzt EU-Veto!“, übertitelte die Neue Kronen Zeitung einen Bericht und zitierte Umweltminister Martin Bartenstein, der die Absage an Mochovce als Bedingung für einen EU-Beitritt der Slowakei betonte und den möglichen Einspruch Österreichs dagegen als „Österreichs stärkste(n) Trumpf“ bezeichnete (23.9.1995). Im Dezember 1996 druckte die NKZ die Titelzeile „Für Schrottreaktoren kein Platz in der EU!“ und berichtet über eine Demonstration österreichischer UmweltschützerInnen, die Bundeskanzler Viktor Klima an die Aussage erinnern wollten, daß ein EU-Beitritt von „Ost-Staaten“ mit „Risiko-Reaktoren“ nicht möglich sei. Klima, der Gespräche mit dem slowakischen Premier Meciar und dem ungarischen Regierungschef Gyula Horn geführt hatte, teilte den DemonstrantInnen mit, „daß die Frage der nuklearen Sicherheit bei der Ost-Erweiterung der EU höchste Priorität habe“ (NKZ, 16.12.1997). Am 22.4.1998, am Höhepunkt der Diskussion um eine Einschaltung des AKWs Mochovce, berichtete die NKZ über eine Aussage der dänischen Umweltkommissarin Ritt Bjerregaard, die versicherte, daß die Ergebnisse eines Lokalaugenscheins im AKW Mochovce auch auf EU-Ebene Konsequenzen

hätten: Sollte sich herausstellen, daß der „Schrottreaktor“ westlichen Sicherheitsstandards nicht entspreche, werde sie prüfen lassen, „inwieweit Mochovce ‚im Widerspruch zum Integrationsprozeß der Slowakei in die EU‘ steht.“

Kaum ein Artikel übt im übrigen irgendeine Form von Kritik an den vielzitierten westeuropäischen Sicherheitsstandards und der westlichen Technologie, auch wird die westliche Atompolitik praktisch nicht hinterfragt.

Die Grenznähe der östlichen Atomkraftwerke wird in der medialen Berichterstattung besonders oft angesprochen und als äußerst bedrohlich für die österreichische Bevölkerung dargestellt: „Unser Überleben bedrohen vor allem grenznahe Atommeiler“, heißt es in der NKZ vom 26.10.1993, die von der „Zeitbombe Atom an den Grenzen“ und von „Tschernobyl an unseren Grenzen“ berichtet. Ein Jahr später wird eine neue Atomgefahr, die Österreich bedrohe, beschworen: „Wehrt euch!“, werden die österreichischen BürgerInnen aufgefordert, daneben ist eine Skizze des grenznahen Gebiets Österreichs mit eingezeichneten AKWs zu sehen (NKZ, 30.10.1994).

Jeder/e BewohnerIn Österreich ängstige sich „vor einem Unfall in den Steinzeit-Reaktoren an unserer Grenze“, so die NKZ am 5.11.1994 unter Berufung auf eine Studie der Firma Ökonsult: „Wir Österreicher (bundesweit mehr als 80 Prozent, in Grenzgebieten jeder!) wissen also ganz genau, wovor wir uns fürchten: (...) Österreich muß Druck auf Tschechien und die Slowakei ausüben, die Strahlenmonster stillzulegen“. Unter dem Titel „Die Angst geht jetzt wieder um“ faßt der Chefredakteur der NÖN die Gefahren vor den Grenzen Österreichs zusammen und nennt als Beispiele den Golfkrieg, den Jugoslawien-Konflikt und die grenznahen Kernreaktoren (NÖN, 6.2.1991).

Österreich wird neben der Rolle eines tapferen Kämpfers gegen das Böse aber auch die Opferrolle zugeschrieben: In den meisten Texten wird vor allem, manchmal sogar ausschließlich, die Gefahr für Österreich angesprochen: „Wehren wir uns, so lange es noch Zeit ist. Denn im Ernstfall wären wir nicht unbeteiligte Beobachter, sondern die Hauptbetroffenen!“ (NKZ, 3.11.1994). Es werden detaillierte Berechnungen angestellt, wann die Atomwolke Österreich erreichen würde und Evakuierungspläne für die österreichische Bevölkerung – vor allem für jene in der Nähe der Ostgrenzen – beschrieben: „Bei Super-GAU tödliche Wolke über Österreich!“ heißt es neben einem Foto von vier Atomkraftmeilern und einer Skizze Österreichs sowie der angrenzenden Staaten mit dem eingezeichneten Standort von Mochovce (NKZ, 5.1.1995). Die NÖN vom 21.5. 1995 stellen die Frage, ob wohl Tiefgaragen als „Atom-Bunker“ dienen könnten und berichten über den geplanten Ausbau etwa von schulischen Einrichtungen zu Schutzräumen. Bereits im Februar desselben Jahres wurde über einen nach den Richtlinien des Zivilschutzverbandes ausgebauten Atomschutzraum in der Brucker Rotkreuz-Zentrale berichtet, sowie über einen zu einem „Atombunker“ umgebauten ehemaligen Weinkeller in Höflein an der Donau (NÖN, 1.2.1995). „Österreich wäre von den Auswirkungen weit schwerer betroffen als nach der schrecklichen Explosion von Tschernobyl! (...) Trotzdem bleiben die Slowaken stur“ (NKZ, 26.5.1998). Daß ein Reaktorunfall in einem slowakischen Atomkraftwerk vor allem auch für die im Umkreis lebende slowakische Bevölkerung fatale Folgen hätte, wird meist nur am Rande thematisiert.

Österreichische Fachleute, die sich zur Frage der zivilen Nutzung von Atomenergie äußern, werden in den analysierten Berichten durchgehend mit der Objektivität und Unvoreingenommenheit suggerierenden Bezeichnung „Wissenschaftler“ vorgestellt. Dagegen werden die WissenschaftlerInnen aus osteuropäischen Staaten als „Atomexperten“ etikettiert, wobei sich aus dem Kontext der Begriffsverwendung deren abwertende Bedeutung ergibt: „Atomexperten aus Osteuropa erklärten voll Stolz, daß bei diesem Reaktortyp der Verbrauch an Metall, Beton und Arbeitszeit halbiert werden konnte. Solche ökonomischen ‚Erfolgsmeldungen‘ betrachten westliche Wissenschaftler mit Skepsis“ (NKZ, 22.5.1990).

Kritisiert werden allerdings auch österreichische Politiker; beispielsweise berichtet die Neue Kronen Zeitung vom 9.2.1995 über einen „Geheimplan“ betreffend den Import von Atomstrom. Politischen Vertretern Österreichs wird – in der Frage der Atomstrom-Autobahnen – auch vorgeworfen, eine doppelgleisige Politik zu verfolgen. So ist etwa in der NKZ vom 11.3.1995 zu lesen, „Vranitzky und Co.“ hätten der Verbundgesellschaft leichtgläubig vertraut, daß kein Atomstrom durch die Leitungen fließen würde. Mit den Lieferungen über die Hochleistungsleitung könne die Slowakei aber sogar den Bau von Mochovce finanzieren. Im Februar 1996 wird die Befürchtung geäußert, Österreich könnte zur Drehscheibe für Atomstrom „aus dem Osten“ werden. (NKZ, 21.2.1996). Zusätzlich würden sich österreichische Spitzenpolitiker nicht ausreichend engagieren, was von der NKZ als „skandalöser ‚Atom-Tiefschlag‘“ bezeichnet wird, denn „(w)ährend in der Slowakei der Widerstand gegen den Schrottreaktor Mochovce wächst, wird Österreichs Anti-Atom-Politik immer zahnloser“ (NKZ, 21.11.1996).

Vor allem die NÖN thematisieren mehrmals Österreichs moralische Verpflichtung, seinem Nachbarstaat

Hilfestellungen für den Ausstieg aus der Atomenergie zu liefern: So wird am 12.6.1990 der damalige Landeshauptmannstellvertreter Erwin Pröll zitiert, der vorschlägt, Österreich könne der CSFR vorerst billigen Strom aus dem Kohlekraftwerk Dürnrohr zur Verfügung stellen. Wenn eine Schließung des AKWs Bohunice notwendig sei, solle Österreich mit Stromlieferungen aushelfen, bekräftigten die NÖN sechs Wochen später (25.7.1990). Im August 1990 wird über prinzipielle Überlegungen berichtet, Strom aus Dürnrohr an die CSFR zu liefern, da dieses Kraftwerk nicht ausgelastet sei (NÖN, 16.8.1990).

Neben Stromlieferungen werden auch noch andere (paternalistische) Modelle der Unterstützung vorgestellt: So bringen die NÖN vom 3.1.1991 einen Artikel, der über eine Initiative namens „Denkfabrik Zwentendorf“ des SPÖ-Zentralsekretärs Peter Marizzi berichtet, die von Erwin Pröll unterstützt wird und „neue Energiemodelle für die östlichen Nachbarn“ erarbeiten und diesen anbieten soll. Dadurch könnten, so die Initiatoren, die „Zeitbomben Bohunice und Dukovany vermieden werden“. Ein Kommentar unter dem Titel „Strahlende‘ Nachbarschaft“ betont die Notwendigkeit grenzüberschreitender Umweltschutzmaßnahmen im Bereich der Kernenergienutzung, die die Hilfe Österreichs erfordere: „Es gilt, gemeinsam mit dem Nachbarn ein Finanzierungskonzept zu erstellen, Damit uns zumindest mittelfristig eine ‚strahlende‘ Nachbarschaft erspart bleibt!“ (NÖN, 7.8.1991). Zudem solle Österreich Know-how auf dem Gebiet der Nutzung von Wasserkraftressourcen (NÖN, 16.1.1991) und des Energiesparens weitergeben sowie andere kleine, aber hilfreiche Maßnahmen setzen (NÖN, 13.5.1992).

Einen Hinweis, daß Alternativprojekte durchaus auch Vorteile für die österreichische Wirtschaft bringen – etwa durch die Investition in Alternativenergieprojekte der Slowakei – bringt die Neue Kronen Zeitung unter Berufung auf die „Junge Industrie“: „Junge Industrie‘ stellt sich gegen Mochovce. Sinnvoller wäre es, die Finanzierung umweltfreundlichen Projekten zukommen zu lassen“. Im Anschluß wird der Bundesvorsitzende zitiert: „Das würde auch eine große Chance für unsere Wirtschaft bedeuten, da österreichische Unternehmen das technologische Know-how in Sachen Alternativ-Energien haben“ (NKZ, 22.12.1994).

Die Berichterstattung umfaßt aber auch Protestaktionen österreichischer BürgerInnen: Der Ton, in dem die Niederösterreichischen Nachrichten darüber schreiben, ist hier wiederum weit moderater als jener der Neuen Kronen Zeitung. So wird etwa eine Unterschriftenaktion für ein „atomfreies Mitteleuropa“ vorgestellt oder über eine gegen die Errichtung des Atomkraftwerkes Mochovce gebildete, von „Global 2000“ organisierte, Antiatom-Menschenkette zwischen Wien und Bratislava berichtet (NÖN, 15.2.1995 und 8.3.1995), jedoch keineswegs in emotionalisierender Form.

Selbst die mediale Darstellung einer Atomkatastrophen-Übung anläßlich des zehnten Jahrestages des Reaktorunglücks in Tschernobyl findet vorrangig unter der Perspektive der Kooperation statt: Es handle sich um eine internationale Katastrophenübung, an der neben österreichischen Einheiten „auch die Nachbarn Tschechien, Slowakei und Ungarn teilnehmen“ (NÖN, 25.9.1996).

6. Die Darstellung der CSFR und der Slowakei in regionalen Printmedien

Die zur Beschreibung von Österreichs osteuropäischen Nachbarn verwendeten Begriffe und Bilder sind – wie einleitend bereits erwähnt – emotional sehr aufgeladen. Es wird häufig ein bedrohliches, pauschales Bild des „Ostens“ gezeichnet, vor allem auch im Umweltbereich, wenn etwa die NKZ vom 20.7.1990 schreibt: „Wie kaum ein anderes Land Europas trägt die CSFR zur Vergiftung von Wasser, Boden und Luft bei – eine gigantische Giftküche.“

Zu beachten ist, daß SlowakInnen – und im übrigen auch TschechInnen oder UngarInnen – von den regionalen und den überregionalen Printmedien vorrangig dann als NachbarInnen bezeichnet werden, wenn es sich um Berichte über Themen handelt, bei denen kein Interessenkonflikt mit Österreich besteht. „Atomkraft“ ist jedoch ein sehr kontroversielles Thema. Hier finden sich eher Formulierungen wie die „Bevölkerung in unserem östlichen Nachbarland“ oder „Obwohl es der Bevölkerung in unserem östlichen Nachbarland an tatsächlicher Information über die Gefahren der Schrottreaktoren fehlt (...)“. Die Distanz zwischen „uns“ und den „anderen“ wird verbal unterstrichen.

Die Nähe Österreichs zum „Osten“ wird negativ dargestellt, da Gefährdung aus den östlichen Ländern vermutet wird. Es wird immer wieder darauf verwiesen, daß die östlichen Nachbarländer ehemalige „Ostblockländer“ sind. Sei es durch den Verweis auf „russische“ Atomkraftwerke, sei es durch die Bezugnahme auf die politische Lage, den Umgang der Politiker mit Kritik bzw. mit „dem Westen“. Bohunice sei „ein AKW sowjetischer Bauart“, die

Möglichkeit einer Renovierung wird ausgeschlossen: „Also selbst wenn die betroffenen Staaten bereit wären, ihre alten Kraftwerke mit den besten Sicherheitseinrichtungen auszustatten, gäbe es bald eine Grenze, an der sich der Sicherheitsstandard nicht mehr verbessern ließe“, urteilt die NKZ am 29.4.1991. Am 2.1.1995 beklagt dieselbe Zeitung ein weiteres Mal den ungenügenden technischen Standard: Die Sicherheitsmaßnahmen seien nicht ausreichend, wird „ein Chef der Atomenergieverwertungsgesellschaft“ zitiert. Die Inbetriebnahme von Mochovce gilt als „russisches Atomroulette“, die Schlagzeile lautet: „Russen warnen vor ihren eigenen Todesreaktoren!“

Der slowakischen Bevölkerung wird von den Medien zum Teil auch Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhanges fehlendes Bewußtsein für politische Meinungsäußerung attestiert. Politischer Protest der BürgerInnen erregt zuweilen Verwunderung: In der Slowakei seien mehr als 15.000 Unterschriften gesammelt worden, obwohl es die Atomlobby dort mit Menschen zu tun habe, „die in Jahrzehnten eines menschenverachtenden Regimes vor allem eines gelernt haben: Alles zu glauben, was von ‚oben‘ kommt, und brav zu ‚kuschen‘“, so die NKZ am 23.1.1995. Die NKZ vom 27.4.1998 bringt eine Stellungnahme einer slowakischen Greenpeace-Mitarbeiterin, die davon spricht, daß die SlowakInnen „jahrzehntelang unter dem Einfluß des Kommunismus“ gestanden hätten und es „noch nicht gewohnt“ seien, „sich öffentlich zu wehren.“

Es wird aber zur Kenntnis genommen, daß auch in den Staaten des ehemaligen sowjetischen Einflußbereichs Protestaktionen gegen die Gefährdung durch Atomkraft stattfinden: „Nach und nach gründen sich in der Slowakei Bürgerinitiativen und Umweltgruppen, die vehement gegen das Wahnsinnsprojekt eintreten“ (NKZ, 22.4.1996). Mehr oder weniger explizit wird dabei Österreich oft als Vorbild dargestellt, das seine Nachbarländer im Kampf gegen die Atomgefahr mitreißt und ihnen Unterstützung zukommen läßt: „Rauch-Kallat rüttelt Slowaken gegen den Todesreaktor auf“ heißt es in der NKZ vom 20.4.1995. Nun würden sich auch slowakische Medien gegen das AKW Mochovce aussprechen, „die Bevölkerung in unserem Nachbarland“ sei „bisher nur mit einseitiger Propaganda der Atomlobby gefüttert“ worden. Eine Sprecherin der Umweltorganisation Global 2000 wird dazu befragt: „Anhand dieser Reaktion in der Slowakei sieht man, daß die Politiker nicht mehr wie früher über die Köpfe der Menschen hinweg Entscheidungen treffen können“ (NKZ, 28.7.1995). Umweltminister Bartenstein präsentierte laut NKZ vom 22.9.1995 eine Umfrage unter der slowakischen Bevölkerung, derzufolge 84% für Alternativprojekte zu Mochovce waren, 81% in der Atomkraft eine Gefahr sahen und 73% meinten, daß ein AKW teurer als ein herkömmliches Kraftwerk sei. 42% beklagten den Mangel an Sicherheit.

Zahlreiche Texte der NKZ dämonisieren den „Osten“ generell und stellen ihn als gewalttätig dar. Dies veranschaulichen folgende Beispiele: Unter der Überschrift „Mafia will Atomreaktor sprengen“ wird behauptet, die „Russenmafia in Litauen“ drohe den Atommeiler Ignalina, das größte Atomkraftwerk Europas, zu sprengen. Die Neue Kronen Zeitung legt dieses Szenario auf Temelin und Bohunice um, wo eine solche Aktion angeblich ebenso bald möglich wäre (NKZ, 15.11.1994). Auch ein als besonders brutal bezeichneter Polizeieinsatz von slowakischen Exekutivorganen wird als Beispiel herangezogen („zeigten die slowakischen Sicherheitskräfte ihr wahres Gesicht“; „slowakischer Polizeiterror“; „unglaubliche Brutalität“) und den Handlungen vorgeblich zivilisierterer österreichischer Polizisten gegenübergestellt, denen zugestanden wird, nicht so zu handeln: „Müßig darauf hinzuweisen, daß unsere Sicherheitskräfte, wie in einer reifen Demokratie üblich, mit weit mehr Umsicht reagierten. Und im Vorfeld Verständnis für die Proteste signalisiert haben“ (NKZ, 28.4.1998).

Die Klischees der Unzuverlässigkeit und Unehrllichkeit der „östlichen“ Bevölkerung, vor allem aber der politischen Klasse, sind ebenfalls präsent. „Mit gezielten Falschmeldungen versuchen die Slowaken, doch noch eine Finanzierung ihres Todesreaktors auf die Beine zu stellen“, der Finanzierungsplan enthalte aber nicht die gesamten Fakten (NKZ, 21.9.1995). Es werden Politiker beschrieben, in den analysierten Beispielen vor allem der slowakische Premier Meciar, die ihre Versprechen nicht einhalten, Gelder veruntreuen, „falsche Spiele“ spielen, etc. Fazit: Man (Österreich) kann sich auf die „Nachbarn“ nicht verlassen. „Es zeigt sich, daß unsere engagierten Spitzenbeamten und Atomexperten Schützenhilfe gegen Meciar bedenkliche Polit-Schachzüge bräuchten“ (NKZ, 21.4.1998). In einem Artikel wird der Projektbericht über Mochovce als „Manipulationspapier“ bezeichnet, die Atomlobby als Urheber des Berichts genannt und behauptet, eine Wirtschaftlichkeitsstudie sei ebenfalls manipuliert. Der Begleittext des Fotos lautet: „Mit falschen Studien über ihre Todesreaktoren versucht die Atomlobby, uns für dumm zu verkaufen“ (NKZ, 13.12.1994).

Differenzierter schreiben die NÖN, unter Bezugnahme auf eine Aussage Erwin Prölls, daß die slowakischen Politiker Präsident Milan Kovac und Ministerpräsident Josef Moravcik in einem Gespräch Verständnis für die Ängste der NiederösterreicherInnen gezeigt hätten und mittelfristig sogar das Ziel eines Ausstiegs aus der Atomkraft

anstreben würden (NÖN, 20.7.1994).

7. Die Aktualität alter Bilder

Vergleicht man aktuelle mediale Bedrohungsszenarios durch die Atomgefahr, der die ÖsterreicherInnen aufgrund der unterstellten Unwissenheit, Rückständigkeit, Fahrlässigkeit und Uneinsichtigkeit ihrer östlichen Nachbarn, besonders der Slowakei, ausgesetzt sind, mit altbekannten Bildern der „Gefahr aus dem Osten“, zeigen sich erstaunliche Übereinstimmungen: Zum einen erinnern die aktuellen Bildkonstruktionen – wenn auch in transponierter Form – an Beschreibungen der „Türkengefahr“ im 17. Jahrhundert und der „kommunistischen Gefahr“ in der Zeit des Kalten Krieges. Andererseits zeigen sich auch Ähnlichkeiten mit Abgrenzungsdiskursen in anderen politischen und gesellschaftlichen Bereichen, etwa in der Einwanderungs- und Asyldebatte oder im Problembereich Mafia und Kriminalität.

Die Darstellung einer prinzipiellen Differenz zwischen Österreich bzw. dem „Westen“, dem Österreich sich zugehörig fühlt und für den es eine Funktion als „Frontstaat“ für die „Festung Europa“ übernommen hat, sowie dem ungeordneten, gefährlichen, wilden „Osten“ ruft auch Ende des 20. Jahrhunderts bekannte stereotype Bilder hervor. Diese haben bereits den öffentlichen Diskurs der Wiederaufbauzeit, des Kalten Krieges und jüngst jenen zwischen 1989 und dem österreichischen EU-Beitritt strukturiert.

Die in einen teilweise chauvinistischen Diskurs der Differenz gegenüber Osteuropa eingegangenen Bedrohungsszenarios relativieren im Bereich der medialen Öffentlichkeit auch das traditionelle österreichische Selbstbild als Brücke zum Osten. In den Vordergrund tritt vielmehr dessen Gegenstück, die Funktion eines Bollwerks gegen den Osten: Ähnliche Vorstellungen finden sich auch in aktuellen Diskussionen über Österreichs Rolle als Staat an der Außengrenze der EU und besonders in der Migrationsdebatte; diese greifen auf historische Interpretationsmuster zurück und spielen beispielsweise auf die Belagerung Wiens durch das osmanische Heer an. Die Begründung der europäischen Identität Österreichs aus dem Sieg über das Osmanische Reich im 17. Jhd. prägt auch das offizielle Geschichtsbild der Zweiten Republik: Noch 1983, im sogenannten „Türkenjahr“, kam dies in historischen Ausstellungen (wie etwa „Die Türken vor Wien“) und in zahlreichen Veranstaltungen zum Ausdruck.

Das Deutungsmuster der Bedrohung aus dem Osten greift auf das im kollektiven Gedächtnis der ÖsterreicherInnen verankerte Bild von der „Türkengefahr“ zurück. Dies gilt für den Zerfall des „sowjetischen Imperiums“ und für die Folgen der Ereignisse von 1989, für die jugoslawischen Nachfolgekriege, für Zuwanderungs- und Migrationsszenarien, aber auch für mediale Diskurse über Ausländerkriminalität und „Ostmafia“, über ökologische Bedrohungen und die grenzüberschreitenden Gefahren von Reaktorunfällen.

Die Sicherheitsproblematik, die mit dem Bedrohungspotential des europäischen Ostens identifiziert wird, nahm auch in den offiziellen Darstellungen der österreichischen Motive für die Mitgliedschaft in der EU eine prominente Stellung ein: „Die politischen und sicherheitspolitischen Motive des österreichischen Beitrittswunsches rückten in letzter Zeit immer mehr in den Vordergrund (...) Zum militärischen Konfliktpotential – besonders konzentriert in Südosteuropa und im Randbereich Rußlands – kommen die nichtmilitärischen Folgeprobleme der politischen Umwälzungen. Die daraus resultierenden Sicherheitsrisiken reichen von Massenmigrationen über ökologische Katastrophen (...) bis zu internationalem Verbrechen und Terrorismus“ (Außenpolitischer Bericht 1993, 25).

Schwarz-Weiß-Malerei beherrscht dieses Szenario, dessen realer Hintergrund tendenziös gezeichnet und verallgemeinert wird. Diese Darstellung zeigt eine implizite Rekonstruktion der Spaltung des europäischen Kontinents, in der alteingesessene Vorurteile wieder aufleben – hier der „zivilisierte“ Westen, dort der „barbarische“ Osten.

Schon in den EU-Beitrittskampagnen 1994 fanden sich z.T. rassistische Vorurteilsdiskurse, die eine Hierarchie von „Fremden“ aufstellten: Hier „wir Österreicher“, und dort zuerst die EU-EuropäerInnen aus den „westlichen“ EU-Staaten, dann aus der EU insgesamt einschließlich der ärmeren Länder. Diesen folgen die BürgerInnen der restlichen europäischen Staaten (mit den Ländern des ehemaligen Ostblocks). An letzter Stelle rangieren Fremde aus außereuropäischen Staaten (vor allem Dritte-Welt-Ländern), denen eine recht deutliche Abneigung entgegengebracht wird (Hofstätter/ Kargl/ Liebhart 1998, 12-18).

Die österreichische Europa-Orientierung verfolgt(e) unter anderem auch das Ziel einer klaren Abgrenzung gegen den gefährlichen, chaotischen, „wilden“ Osten. Die Frage der Zugehörigkeit zu einer zivilisierten Gemeinschaft gegenüber ihrer bedrohlichen Alternative fokussierte eine Werbeinitiative der Gruppierung „Kärntner für Europa“ im

Vorfeld der Volksabstimmung über den EU-Beitritt. Unter dem Motto: „Wo gehören wir dazu?“ erfolgte eine Postwurfsendung, die zwei Gruppen von europäischen Ländern einander gegenüberstellt, „Mitglieder“ und jene, die nicht „dazugehören“, wie dies bereits die Überschrift explizit thematisiert. Der Text weckt Sympathien und Antipathien, das Flugblatt ist als Argumentation mit einer Konklusion zu lesen, die schließlich eine Gleichsetzung von EU und Europa nahelegt. Suggestiert wird eine Teil-Identifikation mit den EU-Ländern sowie mit „reichen“, „westlichen“ Staaten (wie etwa der Schweiz), die mit Europa gleichgesetzt werden. Dies bedeutet umgekehrt, daß die Bevölkerungen der anderen Gruppe, zu der u.a. auch die Slowakei zählt, zum einen keine „richtigen“ EuropäerInnen, zum anderen „unzivilisierter“ sind.

Ähnliche Assoziationen legt auch die mediale Berichterstattung über die Energiepolitik der östlichen Nachbarstaaten Österreichs nahe: Am Beispiel der Darstellung der Slowakei in regionalen und (Boulevard-) Medien wurde versucht, einige der für diese Fortschreibung von Stereotypen des „gefährlichen Ostens“ funktionalen Bilder nachzuzeichnen.

Literatur

- Brandstätter, Lidia/ Grosser, Michael/ Werthner, Hannes (1984) *Die Anti-AKW-Bewegung in Österreich*. In: Umdenken. Analysen grüner Politik in Österreich. Wien, 156-177.
- Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten (Hg.) (1994) *Außenpolitischer Bericht 1993*. Wien.
- Campbell, David (1998) *Der politische Paradigmenwechsel in Österreich*. In: forum politische bildung (Hg.) Wendepunkte und Kontinuitäten. Zäsuren der demokratischen Entwicklung in der österreichischen Geschichte. Innsbruck/Wien, 166-171.
- Dachs, Herbert (1997) *Grünalternative Parteien*. In: Dachs, Herbert et al. (Hg.) Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik. Wien, 304-314.
- Göttlich, Udo/ Winter, Carsten (1999) *Wessen Cultural Studies? Die Rezeption der Cultural Studies im deutschsprachigen Raum*. In: Bromley, Roger/Göttlich, Udo/ Winter, Carsten (Hg.) Cultural Studies. Grundlagentexte zur Einführung. Lüneburg, 25-39.
- Gottweis, Herbert (1997) *Neue soziale Bewegungen in Österreich*. In: Dachs, Herbert et al. (Hg.) Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik. Wien, 342-358.
- Gottweis, Herbert (1998) *Zwentendorf und die Folgen*. In: forum politische bildung (Hg.) Wendepunkte und Kontinuitäten. Zäsuren der demokratischen Entwicklung in der österreichischen Geschichte. Innsbruck/Wien, 165-166.
- Hofstätter, Klaus/ Kargl, Maria/ Liebhart, Karin (1998) *Selbstbild Österreichs im Kontext der europäischen Integration und der EU-Osterweiterung*, in: Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten (Hg.) Medienimpulse. Beiträge zur Medienpädagogik, Heft Nr. 24, Wien, 12-18.
- Kok, Franz/ Schaller, Christian (1986) *Restrukturierung der Energiepolitik durch neue soziale Bewegungen? Die Beispiele Zwentendorf und Hainburg*. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Heft 1, 61-72.
- Neue NÖN/ Schwedater Grenzboten (1.1.1990 bis 7.9.1994) bzw. Neue NÖN/ Brucker Grenzboten (14.9.1994 bis 31.12.1997)
- Neue Kronen Zeitung/ Ausgabe Burgenland (1.7.1988 bis 31.8.1998)
- Pelinka, Anton (1986) *Hainburg – mehr als nur ein Kraftwerk. Bewertung der Ereignisse um den Kraftwerksbau in Hainburg*. In: Khol, Andreas/Stirnemann, Alfred (Hg.) Österreichisches Jahrbuch für Politik 1985. Wien/München, 93-107.
- Pelinka, Anton (1995) *Die Entastrifizierung Österreichs. Zum Wandel des politischen Systems 1945–1995*. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Heft 1, 5-16.
- Pelinka, Anton (1998) *Volksabstimmung Zwentendorf*. In: forum politische bildung (Hg.) Wendepunkte und Kontinuitäten. Zäsuren der demokratischen Entwicklung in der österreichischen Geschichte. Innsbruck/Wien, 163-164.
- Schaller, Christian (1987) *Die österreichische Kernenergiekontroverse: Meinungsbildungs- und Entscheidungsfindungsprozesse mit besonderer Berücksichtigung der Auseinandersetzungen um das Kernkraftwerk Zwentendorf bis 1981. Dokumentation-Analyse-Interpretation*. Dissertation an der Universität Salzburg.
- Szabó, Máté (1995) *Politischer Protest in den postkommunistischen Staaten Ost-Mitteleuropas: Slowakei, Slowenien, Ungarn 1993*. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Heft 4, 491-504.

Anmerkungen

- 1 Das zweijährige Projekt wird seit Dezember 1997 unter der Leitung von Andreas Pribersky im Rahmen des Forschungsschwerpunkts Fremdenfeindlichkeit des bm:vw durchgeführt.
- 2 Der interdisziplinäre methodische Zugang verbindet sozialwissenschaftliche Fragestellungen mit einem

perzeptionsgeographischen Ansatz. Mit der Erhebungsmethode halbstandardisierter Fragebögen fanden in ausgewählten Untersuchungsgemeinden Befragungen statt, deren Ergebnisse in einem weiteren Schritt in Form von Gruppendiskussionen in den Erhebungsgemeinden nochmals reflektiert wurden.

Im Anschluß daran wurden um Schlüsselthemen zentrierte fokussierte Interviews mit ausgewählten ExpertInnen durchgeführt, um deren Interpretationen und Sinndeutungen zu erheben. Weiters wurde der öffentliche, mediale Diskurs in der Grenzregion quantitativ und qualitativ analysiert.

- 3 Es handelt sich um dieselbe Zeitung, nur der Name wurde geändert.